



# DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

# 3

März 2018 / 52. Jahrgang

# POLIZEISPIEGEL

Es war einmal ...  
**Sicherheit  
neu denken**

Seite 5 <

Sicherheit besser vernetzen – DPoIG auf dem Europäischen Polizeikongress

Seite 16 <

Fachteil:

- Wann ist ein (rechtes) Rockkonzert eine Versammlung?
- Straßenverkehr: Sonderrechte im Privat-Pkw für Feuerwehrangehörige und Katastrophenschutz Helfer?



# Ideen gegen den Personalnotstand bei der Polizei

## DPoIG: Wachpolizistinnen und -polizisten weiterbeschäftigen und ein Ja zur freiwilligen Dienstzeitverlängerung

Dem Personalmangel bei der Polizei will der Landesvorsitzende der DPoIG und des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck, mit zwei Vorschlägen entgegentreten: Die befristet eingestellten Wachpolizisten sollen in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen und Anträge von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, die freiwillig länger arbeiten wollen, genehmigt werden. Derzeit sind nur 5 700 Polizeibeamtinnen und -beamte im Land beschäftigt bei einer Einwohnerzahl von 2 241 643. Im Nachbarland Brandenburg sind es bald wieder 7 500 bei 2 485 000 Einwohnern.

Mit dem Wachpolizeidienstgesetz sollte die Polizei temporär entlastet werden. Das Arbeitsverhältnis dieser Wachpolizisten wurde jedoch auf zwei Jahre befristet. Für die ersten 20 Wachpolizisten endet am 30. April 2018 das Arbeitsverhältnis. Die Wachpolizisten nicht weiterzubeschäftigen ist für den Landesvorsitzenden ein fataler Fehler. „Die Wachpolizisten haben sich bewährt. Wir brauchen diese Kräfte dauerhaft“, sagte Ladebeck. Wachpolizisten entlasten die Polizeivollzugsbeamten von der Verkehrsüberwachung. Sie werden insbesondere bei Geschwindigkeitskontrollen eingesetzt, aber auch zur Begleitung von Schwerlasttransporten. „Auch dort werden sie immer noch dringend ge-

braucht, nicht zuletzt deshalb, weil sich Politiker in Sachsen-Anhalt bisher nicht durchgerungen haben, diese Aufgabe privaten Firmen zu übertra-

gen, wie in Niedersachsen und einigen anderen Ländern. Die Rechtslage wurde dazu im vergangenen Jahr geändert. Die Polizei muss das eigent-

lich nicht mehr tun“, so der Landesvorsitzende.

Eine zweite Möglichkeit, dem Personalmangel entgegenzuwirken, ist die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Ein Polizeivollzugsbeamter wird derzeit mit 60 Jahren in den Ruhestand versetzt. Er kann nach geltendem Recht zwar jetzt schon bis zu drei Jahre über die Altersgrenze hinaus arbeiten, aber nur, wenn dienstliche Interessen nicht entgegenstehen. Soweit die Theorie. „Gängige Praxis ist aber, dass Anträge von Polizisten aus haushalterischen Gründen regelmäßig abgelehnt werden und das obwohl CDU, SPD und Grüne im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, an der Möglichkeit der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamte über den 31. Dezember 2016 hinaus festzuhalten“, kritisiert Ladebeck.

Wegen der aktuellen Personalnot und angesichts der demografischen Entwicklung müsse Erfahrungswissen nicht nur in der Polizei, sondern im gesamten öffentlichen Dienst des Landes gesichert werden. Deshalb haben der dbb und die DPoIG im aktuellen Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Dienstrechts gefordert, Beamte, die länger arbeiten wollen, nicht mehr zu blockieren. ■



➤ André Bosold würde gern als Wachpolizist weiterarbeiten.

### Impressum:

#### Redaktion:

Gregor Henschke (v. i. S. d. P.)  
 polizeispiegel@dpolg-st.de  
 Tel./Fax: 039206.53948  
 Mobil: 0177.5011249

#### Landesgeschäftsstelle:

Deutsche Polizeigewerkschaft  
 im dbb – Landesverband  
 Sachsen-Anhalt e. V.  
 Schleinufer 12  
 39104 Magdeburg  
 Tel. 0391.5067492  
 Fax 0391.5067493

www.dpolg-st.de  
 info@dpolg-st.de

ISSN 0945-0521

# 25 Jahre erfolgreiche Kooperation von Polizei und Sozialarbeit

Jugendberatung bei der Polizei (JUBP) in Sachsen-Anhalt ist eine Erfolgsgeschichte

Unter dem Motto: JUGENDKRIMINALITÄT – URSACHEN+PRÄVENTION führten die Jugendberatungsstelle der Polizeidirektion (JUBP) Sachsen-Anhalt Nord und das Salus-Institut am 18. Januar 2018 ihre gemeinsame Fachtagung anlässlich des 25-jährigen Bestehens der JUBP durch. Rainer Bode, JUBP-Leiter der ersten Stunde, konnte im Konferenzzentrum des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration zahlreiche hochrangige und interessierte Gäste aus Politik, Polizei, Justiz und Forschung auf der Fachtagung begrüßen. Die Grußworte hielten Holger Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, und Andreas Schomaker, Polizeipräsident der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord.



> Tobias Krull (Landtagsabgeordneter), Prof. Bernhard Bogerts – Leiter Salus-Institut, Wolfgang Ladebeck, Rainer Bode, Holger Stahlknecht, Andreas Schomaker, Thomas Kluger – Richter am Landgericht (von links)

Rainer Bode und sein Stellvertreter Hendrik Oelze zogen in ihrem Vortrag Bilanz aus 25 Jahren JUBP und gaben einen Ausblick auf die zukünftige Arbeit und neue Konzepte der JUBP.

tion beinhaltet die Beratung, Begleitung, Vermittlung der Delinquenten sowie Elternarbeit, Schadenswiedergutmachungen und andere jugendadäquate präventive Aktivitäten.

Seit 25 Jahren arbeiten zwei ganz unterschiedliche Berufsgruppen sozusagen Tür an Tür, sitzen aber nicht in einem Boot, denn da gibt es immer nur einen Kapitän. Beide steuern aber mit einem gemeinsamen Ziel in Richtung Jugendkriminalprävention.

Polizeiliche und die sich unmittelbar daran anschließenden pädagogischen Interventionen erfolgen bewusst nacheinander, bilden doch das Legalitätsprinzip und die Verschwiegen-

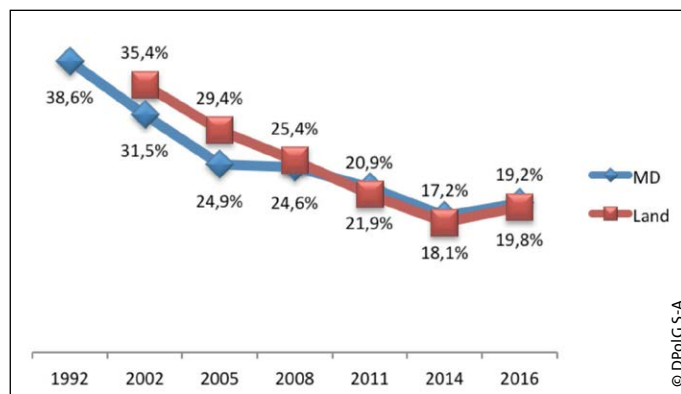
In gemeinsamer Verantwortung beider Berufsgruppen bei der Begegnung von Jugenddelinquenz wird an einer bereits sehr nahen Schnittstelle ein dualer Ansatz von Repression und Prävention erfolgreich verfolgt. Das heißt konkret, Polizei lädt vor oder führt zu und JUBP interveniert unmittelbar nach polizeilichem Handlungsvollzug mit pädagogischen Mitteln. Diese Kriseninterven-

tionspflicht trennende Elemente beider Berufsgruppen. Nach einem Vierteljahrhundert sollten Kritiker und Bedenkenträger aber nicht mehr zu sehr ausschließlich über das Trennende nachdenken, sondern auf das nachweislich Machbare schauen, was sowohl dem jungen Menschen als auch letztendlich der Gesellschaft hilft.

getroffen, woraus sich entsprechende Betreuungssettings, mit einer Vielzahl von sowohl selbst durchgeführten als auch vermittelten lebenslagen-spezifischen Hilfeleistungen, die einen Gebrauchswert für die jungen Menschen haben, ergeben.

In 25 Jahren wurden 102 545 Interventionen bei delinquenten jungen Menschen bis zum 21. Lebensjahr realisiert. Mit jedem fünften Klienten wird eine konkrete Vereinbarung

Dafür standen in den 90er Jahren 54 Sozialarbeiter(innen) landesweit zur Verfügung. Mit dem einhergehenden starken Personalrückgang bei der Polizei reduzierten sich auch die Personalstellen für die Sozialarbeiter(innen) der JUBP. Derzeit halten 29 Mitarbeiter(innen) an 14 Revieren und 14 Revierkommissariaten sozusagen die Stellung.



> Erfolgreich konnte sowohl durch polizeiliche als auch pädagogische Interventionen der prozentuale Anteil von jungen Menschen an der Gesamtkriminalität sowohl in der Landeshauptstadt Magdeburg als auch in Sachsen-Anhalt in 25 Jahren fast halbiert werden, wie diese Statistik zeigt.

Ergebnisse der Interventionen werden jedes Jahr im Jugendkriminalitätsbericht des LKA Sachsen-Anhalt aufgeführt oder können in den Jahresberichten der JUBP noch detaillierter nachgelesen werden.

1. Der Einsatz von Sozialarbeiter(inne)n bei der Polizei in Sachsen Anhalt kann nachweisen, dass bei gegenseitiger Akzeptanz und eindeutigen Regelungen der unterschiedlichen



Handlungsaufträge von Polizei und Sozialarbeit eine ressortübergreifende Arbeit an Schnittstellen der „Delinquenzbegegnung“ möglich ist.

auch die „Anhörung beziehungsweise Vernehmung“ sind in den allermeisten Fällen zu mindest Belastungssituationen mit einem krisenhaften

Zeugen von Delinquenz, in die Beratungsstellen, um sich mit den JUBP-Mitarbeiter(innen) zu beraten, zu informieren beziehungsweise sachkundig

zunehmend vier Jahren den beratenden sozialpädagogischen Part übernommen hat.

2. JUBP wird seit 1993 pro Jahr im Schnitt von mindestens 90 Prozent der bei der Polizei erscheinenden jungen Menschen nach polizeilichem Handlungsvollzug angenommen.

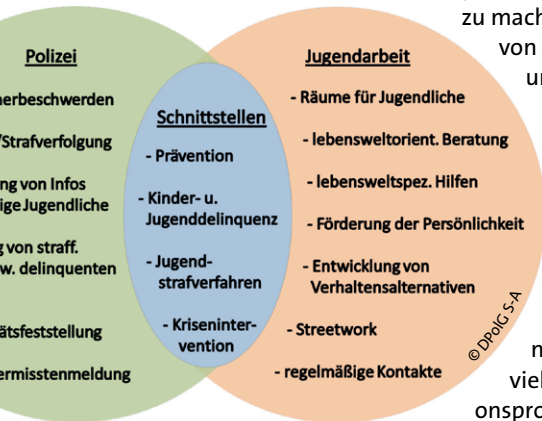
Auch die prozentuale Aufteilung der Altersgruppen ist über die Jahre konstant geblieben. Es dominieren die Jugendlichen (14 bis 17 Jahre), gefolgt von den Heranwachsenden (18 bis 20 Jahre) und den Kindern (unter 14 Jahre). Ältere werden seltener von der Polizei vermittelt beziehungsweise melden sich nicht so häufig (circa ein Prozent).

3. Die konzeptionelle Arbeit der JUBP bestätigt, dass Delinquenzbegegnung in der Einzelfallarbeit nur dann wirklich erfolgreich ist, wenn die Sozialarbeiter(innen) in ihrer Herangehensweise strikt **Person und Tat** voneinander trennen.

Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, die bei der Polizei erscheinen und somit **frühzeitig** über die JUBP ganz lebenspraktische Hilfen mit einem entsprechenden Gebrauchswert bekamen und bei Bedarf umgehend an die kommunalen Fachdienste vermittelt wurden, traten bei der Polizei nachweislich deutlich weniger bis nicht mehr in Erscheinung.

4. JUBP leistet im Einzelfall Krisenintervention bei jungen Menschen unmittelbar nach polizeilichem Handlungsvollzug (zum Beispiel Zuführungen/Vorladungen).

Das „Erwischtwerden“, die „polizeiliche Zuführung“ und



Charakter. Eine unmittelbar danach ansetzende Intervention bietet eine echte Chance für die Kinder- und Jugendhilfe im Allgemeinen und für die JUBP-Mitarbeiter(innen) im Besonderen, Zugang zu den Betroffenen zu bekommen.

Auch und gerade Intensivtäter (laut Polizeilicher Kriminalstatistik – PKS – neun und mehr Straftaten in einem Kalenderjahr), um im polizeilichen Sprachgebrauch zu bleiben, gehören zur Zielgruppe.

5. JUBP-Mitarbeiter(innen) sind Krisenmanager(innen). Sie informieren niederschwellig, beraten, begleiten und vermitteln bei Bedarf professionell. Sie arbeiten mit Erziehungs- und Sorgeberechtigten, mit Institutionen und Behörden, vor allem Schulen, sehr eng zusammen, was nachweislich Wirkungen im Sinne der Akzeptanz zeitnaher Soforthilfen zeigt und entsprechende Verhaltensänderungen bewirkt.

6. JUBP erreicht auch junge Menschen, die Hilfe benötigen, aber bisher den Weg zu den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe nicht gefunden haben. So kommen immer wieder junge Menschen mit Problemen, darunter auch Opfer und

zu machen. Sie haben von JUBP gehört und nicht selten Flyer beziehungsweise Visitenkarten von JUBP dabei. 7. JUBP ist mittlerweile in vielen Präventionsprojekten und Gremien in den Kommunen und des Landes aktiv:

- > so, zum Beispiel seit 21 Jahren auf dem Gebiet der Jugendkriminalprävention – insbesondere im **Kriminalpräventiven Beirat der Landeshauptstadt Magdeburg** mit einer eigenständigen Arbeitsgruppe „Jugendkriminalprävention“ und ihren Projektgruppen, zum Beispiel „Prävention an Schulen“, woraus sich in Zusammenarbeit mit anderen Trägern der Jugendhilfe in der Regel praxisrelevante Problemlösungen ergeben, zum Beispiel gegen Schulbummelei und -abstinenz;
- > seit zehn Jahren ist die JUBP im „Schüलगremium“ im Harz aktiv, wo im Rahmen des sogenannten „Jugendgerichts“ konkrete Fälle von Jugenddelinquenz im Sinne der Gleichaltrigenpädagogik aufgearbeitet werden und sogar juristische Relevanz haben können, Jugendliche sich mit Jugendlichen auf freiwilliger Basis und auf Augenhöhe in Bezug auf konkretes Fehlverhalten auseinandersetzen;
- > erwähnen muss man an dieser Stelle auch die **Ausstiegshilfe Rechtsextremismus – EXTRA** des Innenministeriums Sachsen-Anhalt, bei der ein JUBP-Mitarbeiter seit

8. JUBP ist mit zahlreichen Partnern (Freie Träger, Schulen, Jugendämter und anderen Institutionen) vernetzt.

**■ Abschlussbemerkungen**

Polizisten, ganz konkret die Jugendsachbearbeiter, sollten/müssen in ihrer Arbeit mit den Jungtatsverdächtigen (JTV) quasi einen Spagat realisieren – einerseits als Vertreter der Strafverfolgung in restriktiver Hinsicht auftreten, andererseits aber auch aus einem pädagogischen Grundverständnis heraus unterstützen, um so den dualen Ansatz der Kooperation von Polizei und Sozialarbeit erfolgreich mitzugestalten. Das ist inzwischen seit 25 Jahren in Sachsen-Anhalt Praxis und wäre bundesweit wünschenswert.

An dieser Stelle sei auch auf das von JUBP unterstützte und bereits 2012 in Nordrhein-Westfalen initiierte und mittlerweile institutionalisierte Projekt „Kurve kriegen“ hingewiesen. Als nun ressortübergreifendes und mehrfach evaluiertes Landesprogramm wirkend, wird dort nicht nur auf pädagogische Erfolge, sondern daraus folgend auch auf deren konkretes monetäres Einsparpotenzial verwiesen – konkrete Investitionen aber vorausgesetzt!

An der Schnittstelle von Polizei und Sozialarbeit muss Polizei aufgrund ihres Auftrags immer zuerst agieren, das heißt, sie muss ermitteln, vorladen, ihr Prozedere absolvieren. Insbesondere in Bezug auf JTV, die wiederholt und häufig nicht zur Vorladung erscheinen, wäre vermehrt ein dem Einzelfall adäquates Vorgehen der Polizei im Rahmen des gesetzlich Möglichen wünschenswert, um auch dieses Klientel für eine

sozialpädagogische Interventionen zu erreichen zu können.

Pädagogen, Psychologen, Soziologen, Kriminologen wissen seit über 100 Jahren, dass **Taggestruktur, Sprache, Bildung und Einbindung in die Gesell-**

**schaft das beste Mittel gegen prekäre Lebensumstände, gegen anhaltende oder gar forcierte Perspektivlosigkeit, Frustration und aggressives Verhalten und somit die beste Alternative zu delinquentem Verhalten sind.**

Es klingt abgedroschen, aber die Forderung von Franz von Liszt vor über 100 Jahren, die da lautet: „**Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik**“, ist aktueller denn je.

*Rainer Bode, Leiter JUBP*

**Anmerkung der Redaktion:**

Die DPoIG hat die JUBP schon immer unterstützt, denn mit ihrer Hilfe konnte in Sachsen-Anhalt die Jugendkriminalität zurückgedrängt und somit nicht nur die Polizei entlastet werden. Gerade bei der derzeit sehr angespannten Personalsituation gewinnt die gute Arbeit der JUBP eine immer größere Bedeutung.

## Tarifkommission des dbb sachsen-anhalt hat gewählt



Die Mitglieder der Landestarifkommission gemeinsam mit dem dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck: Torsten Grabow (GdS), Wolfgang Ladebeck, Dorin Waßmann (DSTG), Torsten Salomon (VBE), Karsten Kirmse (VDStra.), Gregor Henschke (DPoIG) und Iris Schrader-Bölsche (PhVSA) (von links)

Am 5. Februar 2018 haben die Mitglieder der Tarifkommission des dbb sachsen-anhalt Torsten Grabow (GdS) wieder zum Vorsitzenden und Torsten Salomon (VBE) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Zuvor hatte die dbb Landesleitung Dorin Waßmann (DSTG) und Karsten Kirmse (VDStra.) für inzwischen ausgeschiedene Mitglieder neu in die Kommission berufen.

Neben den Wahlen stand die Vorbereitung der Einkommensrunde in Bund und Kommunen im Mittelpunkt der Kommissionssitzung. Die Aufgabe der Bundestarifkommission ist es, am 8. Februar in Berlin die einzelnen Erwartungen, die die Gewerkschaftsmitglieder auf den dbb Branchentagen diskutiert haben, zu einem durchsetzbaren Forderungspaket zusammenzuschneiden.

Das Forderungspaket wurde dann in der gemeinsamen Sitzung der zuständigen Gremien des dbb beamtenbund und tarifunion am 8. Februar 2018 **zur Einkommensrunde 2018 für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen** in Berlin beschlossen.

**Die Hauptforderungen sind:**

- > Lineare Entgelterhöhung von 6 Prozent, mindestens jedoch 200 Euro
- > Laufzeit: 12 Monate
- > Azubis:
  - 100 Euro Entgelterhöhung
  - Verbindliche Zusagen zur Übernahme
  - Tarifierung einer Ausbildungsvergütung für betrieblich-schulische Ausbildungsgänge
- > 20 Prozent Nachtarbeitszuschlag auch im Besonderen Teil Krankenhäuser

*Gregor Henschke, Landestarifbeauftragter*

## DPoIG LSA auf der Meile der Demokratie Flagge zeigen gegen rechts

Am Samstag, dem 20. Januar 2018, setzten tausende Magdeburger und ihre Gäste auf der 10. Meile der Demokratie ein Zeichen für Demokratie und Toleranz, demonstrierten friedlich in der Landeshauptstadt und gedachten der Bombardierung Magdeburgs vor 73 Jahren.



Tibor Nyári, Wolfgang Ladebeck und Karl-Heinz Zeising (von links)

In diesem Jahr stand die Meile unter dem Motto „Friedlich miteinander leben, voneinander lernen“. Über 100 Verbände, Vereine, Bands, Schulen und Einrichtungen stellten mit ihren Akteuren ein buntes Programm vor. Unter die Gäste zeigten auch Mitglieder der DPoIG Flagge und besuchten



DPoIG im Gespräch mit Einsatzkräften im Abschnitt Breiter Weg

nach der Kundgebung auf dem Alten Markt die vielen Stände und Aktionen.

**> Gratulation**



**Wir gratulieren allen im März geborenen Mitgliedern zu ihrem Geburtstag und wünschen Gesundheit, viel Glück und alles erdenklich Gute.**

*Der Landesvorstand*